

Zeit, sich zu schützen



China. Sie verfügen über seltene Rohstoffe, militärische Macht und wirtschaftliche Stärke samt wichtigen Patenten: Länder wie China und Russland setzen ihre Handelspartner zunehmend unter Druck, um ihre Interessen durchzusetzen. Die G-7-Staaten und die EU versuchen, mit Gesetzen und Regularien die Abhängigkeiten sowie den Technologietransfer gegenüber potenziellen geopolitischen Gegnern zu reduzieren. Der Aufbau diversifizierterer Lieferketten sowie neue Handelsbeschränkungen kosten jedoch Geld – wer die Rechnung dafür am Ende bezahlt, erläutern die IW-Wissenschaftler Oliver Koppel und Jürgen Matthes im iwd-Interview. —> [Seiten 2-7](#)

Wirtschaftspolitik

Das Wachstumschancengesetz wird nur rund 11 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen mobilisieren – zu wenig für die Transformation der Wirtschaft.

—> [Seite 9](#)

Kinderbetreuung

Noch immer fehlen in Deutschland fast 300.000 Kita-plätze, um den Bedarf der Eltern zu decken. Je nach Bundesland ist die Betreuungslücke unterschiedlich groß.

—> [Seiten 14-15](#)

Regelwerke statt Ricardo

China. Um sich vor Attacken geopolitischer Widersacher zu schützen, entwickeln die USA, die G7, die Europäische Union sowie die Bundesrepublik Strategien und Gesetze, die der eigenen Wirtschaftssicherheit dienen sollen. Die neuen Regeln gelten grundsätzlich für alle Staaten, zielen aber primär auf China und Russland ab.

China ist der weltweit größte Grafitproduzent und -exporteur – ohne das Mineral lassen sich keine E-Batterien herstellen. Ab dem 1. Dezember 2023 müssen chinesische Exporteure für zwei Grafitprodukte eine Ausfuhrgenehmigung einholen. Auch für die Rohstoffe Gallium und Germanium, die ebenfalls relevant für die Energiewende sind, hat Peking Exportbeschränkungen verhängt. Als Begründung nennt das chinesische Handelsministerium neben der „Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität der globalen Liefer- und Industrieketten“ auch einen „besseren Schutz der nationalen Sicherheit und Interessen“.

Das ricardianische Außenwirtschaftsmodell, wonach jedes Land aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen vom internationalen Handel profitiert, ist spätestens seit Beginn des Ukraine-Kriegs unter Druck. Statt komparative Kostenvorteile eines Handelspartners zu nutzen – zum Beispiel große Rohstoffvorkommen oder günstige Arbeitskräfte –, ist nunmehr von Abhängigkeiten gegenüber geopolitischen Widersachern die Rede, die es zu reduzieren gilt, weil man nicht erpressbar sein will.

Doch wie stellt man Wirtschaftssicherheit her? Es gibt drei Aspekte zu beachten:

- **Kritische Abhängigkeiten und resiliente Wertschöpfungsketten.**

Wie ein Blick auf die Rohstoffeinfuhren zeigt, ist Deutschland – so wie viele andere Industriestaaten – bei zahlreichen Gütern von Importen abhängig (Grafik):

Beim Elektronikmetall Gallium, das überwiegend aus China stammt, war Deutschland im Jahr 2020 mit einem Anteil von 65 Prozent an den weltweiten Einfuhren der größte Importeur.

Auch bei anderen Waren wie Vorprodukten für Medikamente ist die Abhängigkeit so groß, dass Peking ein Erpressungspotenzial hat. Und dass China sich nicht scheut, wirtschaftlichen Zwang auszuüben, haben Länder wie Japan, Australien und Litauen in den vergangenen Jahren bereits zu spüren bekommen.

Um Versorgungsrisiken zu minimieren, haben sich Deutschland und die EU ein De-Risking verordnet: einen gezielten Abbau kritischer Abhängigkeiten. Die EU will vor allem bei Rohstoffen, Halbleitern und erneuerbaren Energien unabhängiger werden und hat dazu weitreichende Gesetzesvorschläge erarbeitet. Dazu gehört der Critical Raw Materials Act, bei dem Mindestproduktionsquoten in der EU angestrebt werden. Auch neue Freihandelsabkommen und ein Umsteuern bei der

Export- und Investitionsförderung im Ausland hin zu anderen Schwellenländern sollen die Abhängigkeit von China reduzieren.

Zum Jahresende führt die EU außerdem das Anti-Coercion Instrument ein. Es dient der Abschreckung und Abwehr von Wirtschaftszwang und sieht schnelle Gegenmaßnahmen wie beispielsweise Handelsbeschränkungen vor.

- **Schutz kritischer Infrastruktur.** Spionage oder Sabotage von Mobilfunknetzen, der Wasser- und Stromversorgung oder der Transportinfrastruktur können gravierende, mitunter sogar lebensbedrohliche Folgen haben. Aus diesem Grund haben Deutschland und die EU in den vergangenen Jahren die entsprechenden präventiven Gesetze und Eingriffsmöglichkeiten deutlich verschärft.

So ist es in Deutschland jetzt beispielsweise möglich, auch die Tätigkeit eines Privatakteurs aus dem außereuropäischen Ausland im 5-G-Netz zu verbieten, wenn die Gefahr besteht, dass dieses Unternehmen für seinen Heimatstaat Spionage oder Sabotage betreibt. Außerdem werden bei europäischen Firmen, die zur kritischen Infrastruktur zählen, geplante Übernahmen durch Investoren aus Drittstaaten im Rahmen des Inward-Investment-

Screenings genau geprüft und gegebenenfalls untersagt.

• **Schutz vor unerwünschtem Technologietransfer.** Wenn ausländische Firmen nach China gehen, müssen sie damit rechnen, dass ihre Technologie früher oder später von chinesischen Firmen übernommen wird. Handelt es sich dabei um besonders innovative Anwendungen und Produkte wie Halbleiter oder künstliche Intelligenz, mindert das in der Regel langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Landes, aus dem die Technologie ursprünglich stammt. Zudem hilft dieses Vorgehen

China auch bei seiner Strategie, technologisch unabhängiger vom Westen zu werden.

Im ungünstigsten Fall könnte die Regierung in Peking das vom Ausland übernommene technologische Wissen dazu nutzen, Chinas Militär technologisch entscheidend weiterzuentwickeln – ein Angriff auf Taiwan würde damit wahrscheinlicher.

Um diesen Technologietransfer einzugrenzen, hat sich die Gruppe der G7 im Mai 2023 in einer Erklärung zur Wirtschaftssicherheit dagegen ausgesprochen, dass Firmen aus den sieben beteiligten Industriestaaten

China einen Zugang zu besonders sensiblen Technologien ermöglichen. So wird erörtert, ob bestehende Exportkontrollregeln verschärft werden müssen. Die US-Regierung beispielsweise hat bereits umfangreiche Verbote für die Ausfuhr von moderner Halbleitertechnologie verhängt. Zudem plant Washington, Auslandsinvestitionen von US-Firmen in den Bereichen Halbleiter, Quantentechnologie und künstliche Intelligenz zu kontrollieren, da sich diese auch militärisch nutzen lassen. Die EU-Kommission erwägt ein ähnliches Vorgehen.

Rohstoffe: Große Importabhängigkeit

So viel Prozent der globalen Importe dieser Warengruppen im Jahr 2020 entfielen auf Deutschland

■ Platz im weltweiten Ranking der Importländer

Gallium	65	1	Chromtrioxid	11	2
Disthen-Gruppe	20	1	Korund (künstlich)	11	3
Molybdän	19	1	Glimmerpulver	10	2
Wolframate	17	3	Flockengrafit	10	3
Silizium	17	1	Magnesiumoxid	9	2
Platin	16	3	Calciumoxid	8	3
Magnesium (Drehspäne)	16	2	Magnesium (Rohform)	8	2
Siliziumkarbid	14	2	Titanoxide	7	2
Chrom (Rohform)	14	3	Ferrolegerungen	7	2
Ferrowolfram	13	2	Bleioxide	6	2
Waren aus Kobalt	13	2	Pulver aus Kupfer	5	2
Ferrotitan	12	3			

Magnesiumoxid: einschließlich totgebrannter Magnesia und anderem Magnesiumcarbonat (ausgenommen natürliches); Calciumoxid: einschließlich Calciumhydroxid und -peroxid, Berylliumoxid und -hydroxid, Wolframoxide und -hydroxide, Cadmiumoxid; Bleioxide: ausgenommen Bleimonoxid

Quelle: Deutsche Rohstoffagentur
© 2023 IW Medien / iwd

Auf dem Weg an die Spitze

China. Die chinesische Wirtschaft wird mit innovativen Technologien immer erfolgreicher. Auch in Deutschland melden chinesische Unternehmen Jahr für Jahr mehr Patente an. In zwei Schlüsselbereichen könnten sie ihre deutsche Konkurrenz damit schon bald abhängen.

Das Ziel ist klar definiert: China will zur weltweit führenden Technologiation werden – und das bis zum Jahr 2025. So hat es die chinesische Staatsführung 2015 in ihrem „Made in China 2025“-Programm festgelegt.

Der Weg zum Ziel: Die Volksrepublik will sowohl selbst Innovationen hervorbringen als auch über den Erwerb ganzer Unternehmen oder den Kauf einzelner Patente exklusives technologisches Wissen erwerben – auch aus Deutschland.

Der 2021 in Kraft getretene Fünfjahresplan sieht vor, dass die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung jährlich um 7 Prozent steigen. Im Jahr 2025 soll ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt 2,8 Prozent betragen – 2021 lag dieser Anteil noch bei 2,4 Prozent.

Um den eigenen Erfindergeist auf Hochtouren zu bringen, pumpt die chinesische Staatsführung allerdings schon länger enorm viel Geld in Technologieunternehmen und Forschungseinrichtungen. Zu den Branchen, die bereits vor Beginn des aktuellen Fünfjahresplans mit staatlichen Geldern in Milliardenhöhe unterstützt wurden, zählen unter anderem die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Biotechnologie und die E-Mobilität.

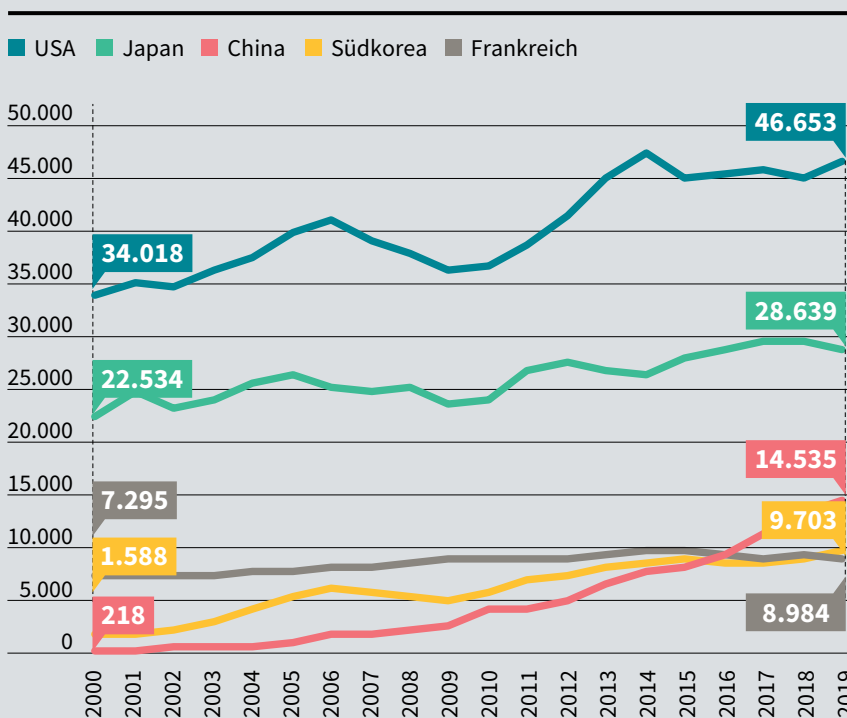
Die Strategie geht offenbar auf. Mit der staatlichen Förderung im Rücken konnte China in kurzer Zeit in puncto Patentanmeldungen international aufholen (Grafik):

Von 2000 bis 2019 – neuere Daten sind nicht verfügbar – ist die Zahl der Patentanmeldungen aus China mit Schutzwirkung für Deutschland um das 66-Fache gestiegen.

Während China zur Jahrtausendwende mit 218 Patentanmeldungen noch weit abgeschlagen war, sicherte sich das Land 2019 mit knapp

Patente: China holt auf

So viele Patentanmeldungen mit Schutzwirkung für Deutschland stammten aus diesen Ländern



Patentanmeldungen: Anmeldungen beim Deutschen Patent- und Markenamt, beim Europäischen Patentamt und bei der World Intellectual Property Organization, Erstanmelder

Quelle: IW-Patentdatenbank
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

15.000 Patentanmeldungen den dritten Platz unter den ausländischen Anmeldungen. Zwar lagen die USA und Japan mit rund 47.000 beziehungsweise 29.000 Patentanmeldungen im Jahr 2019 noch weit vor der Volksrepublik. Allerdings stagnierten die Patentanmeldungen aus den USA in den Jahren davor nahezu – jene aus Japan gingen zuletzt sogar leicht zurück.

Die Zahl der chinesischen Patentanmeldungen hat in drei Schlüsselbereichen des aktuellen Fünfjahresplans besonders zugelegt.

Digitalisierung. Seit 2010 hat sich die Zahl der die Digitalisierung vorantreibenden Patentanmeldungen aus China in etwa vervierfacht. Im Jahr 2019 stammten in diesem Bereich fast 900 Patentanmeldungen mit Wirkung für Deutschland aus der Volksrepublik. Knapp die Hälfte davon lassen sich der Datenübertragung zuordnen. Das liegt vor allem an Chinas Vorreiterposition beim Mobilfunkstandard 5G.

Biotechnologie. In der Biotechnologie hat China die Zahl seiner Patentanmeldungen von 2010 bis 2019 versiebenfacht. Die entsprechenden Anmeldungen aus Deutschland gingen im gleichen Zeitraum um 16 Prozent zurück. Setzt sich dieser Trend fort, wird China die Bundesrepublik bei Biotechnologie-Patentanmeldungen mit Schutzwirkung für Deutschland noch vor Ende des aktuellen Fünfjahresplans 2025 überholt haben.

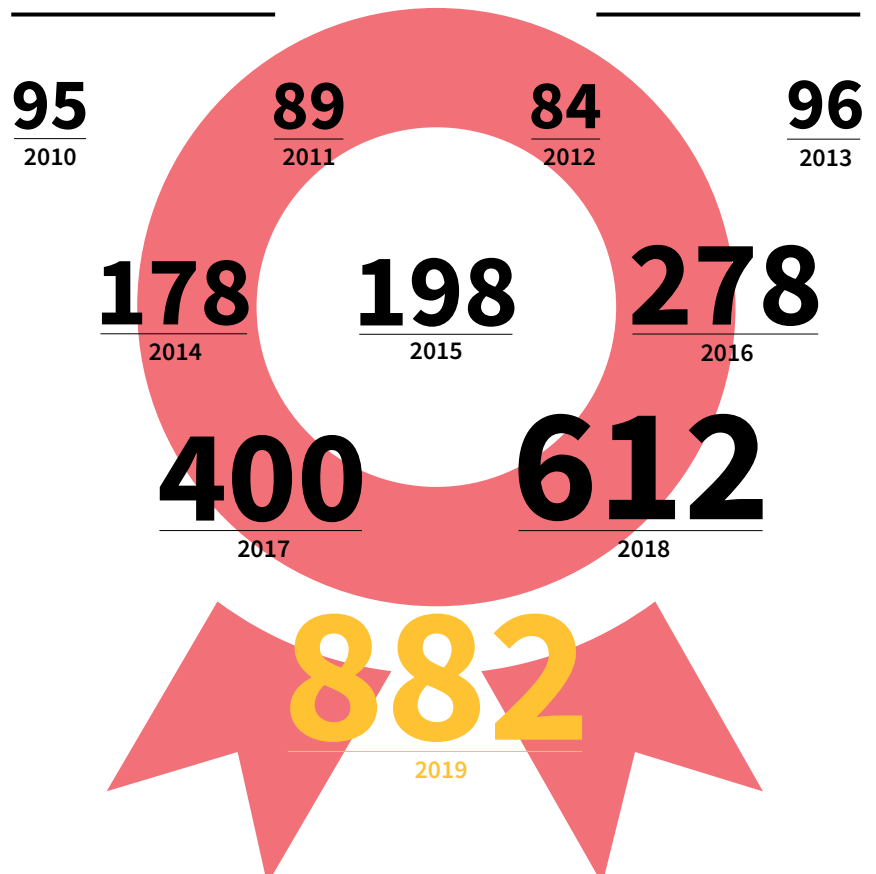
Kraftfahrzeuge. Im Kfz-Bereich hat sich China zum größten Konkurrenten der Bundesrepublik entwickelt (Grafik):

Von 2010 bis 2019 hat sich die Zahl der auf Deutschland bezogenen chinesischen Kfz-Patentanmeldungen verzehnfacht.

Die chinesischen Kfz-Patente konzentrieren sich auf den Autobau der Zukunft: 60 Prozent der Kfz-Pa-

Großes Plus bei Kfz-Patenten aus China

So viele Patentanmeldungen mit Schutzwirkung für Deutschland im Bereich Kraftfahrzeuge stammten aus China



Patentanmeldungen: Anmeldungen beim Deutschen Patent- und Markenamt, beim Europäischen Patentamt und bei der World Intellectual Property Organization, Erstanmelder

Quelle: IW-Patentdatenbank
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

tentanmeldungen sind Innovationen im Bereich der elektrifizierten Antriebstechnik. Konkret gilt dies – nicht zuletzt aufgrund von Unternehmen wie CATL und BYD – für die Batterie- und Akkumulatortechnik. Für den konventionellen Verbrennerantrieb hat China in den vergangenen Jahren keine nennenswerten Patente angemeldet – und durch den frühen Fokus auf Elektrofahrzeuge auch keine Lasten des Strukturwandels in der Autobranche zu tragen.

In allen drei genannten Themenfeldern setzt China bislang auf wenige Konzerne: So haben zehn chinesische Unternehmen mehr als 70 Prozent der Digitalisierungspaten-

te eingereicht. Allein der IT-Konzern Huawei hat die Zahl seiner Patentanmeldungen innerhalb von zehn Jahren vervierfacht. Weitere große Anmelder sind ZTE, Oppo und Tencent.

Ähnlich sieht es bei Kraftfahrzeugen aus: Zu den Unternehmen mit den meisten Patenten zählen in diesem Bereich der Batteriehersteller CATL sowie die Autobauer BYD, Geely und Nio.

IW-Report 53/2023

Maike Haag, Enno Kohlisch, Oliver Koppel:
China auf dem Weg zur führenden Technologienation
iwkoeln.de/china-patente

Interview. China macht sich technologisch zunehmend unabhängig vom Westen. Warum auch Deutschland seine Abhängigkeiten von China verringern muss und inwieweit diese Botschaft bereits bei den Unternehmen angekommen ist, erläutern die IW-Wissenschaftler **Oliver Koppel** und **Jürgen Matthes** im iwd-Interview.

„Unsere Abhängigkeiten von China werden uns auf die Füße fallen“

Herr Koppel, China hat in den vergangenen 20 Jahren mehr als 90.000 Patente in Deutschland angemeldet. Welche davon belasten die heimische Industrie?

Koppel: Besonders zu schaffen machen den deutschen Unternehmen die chinesischen Patentanmeldungen beim Mobilfunkstandard 5G. Auch bei der Elektromobilität ist die Konkurrenz aus China stark. Der chinesische Batteriehersteller CATL hat sich rasant zur Nummer eins für Autobatterien entwickelt. Da die Batterie das Herz des Autos der Zukunft sein wird, hat China dort einen klaren Vorteil gegenüber den deutschen Automobilherstellern.

Haben deutsche Unternehmen in China auch die Möglichkeit, eigene Patente anzumelden?

Koppel: Ja, einige Firmen sind allerdings noch vorsichtig. Der chinesische Patentschutz hatte lange Zeit keinen guten Ruf, immer wieder gab es Probleme mit der Umsetzung von Schutzrechten. In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Patent-

schutz in China jedoch massiv verbessert und ist meiner Meinung nach mittlerweile sogar besser als in den USA. Das hat dazu geführt, dass deutsche Unternehmen wie Volkswagen und Siemens in den vergangenen Jahren viele Patente in China angemeldet haben. Schließlich ist das Land für viele hiesige Unternehmen der größte Exportmarkt und die Firmen sollten ihre Innovationen nun mal vor allem dort schützen, wo sie sie verkaufen wollen.

China will mittel- bis langfristig zur weltweit führenden Technologation werden. Wie weit ist das Land?

Koppel: China ist in vielen Bereichen bereits Tech-Weltspitze – Stichwort Mobilfunk – und hat eine unvergleichliche Patent- und Forschungsdynamik. In den USA, Japan und Deutschland dagegen stagnieren die Patentanmeldungen. Überspitzt formuliert: Die Googles und Apples dieser Welt sind im vergangenen Jahrtausend gegründet worden. Die schnell wachsenden Technologie-

unternehmen kommen heutzutage aus China. Wenn das Land so weitermacht, wird es in noch viel mehr Bereichen zum Innovationsführer aufsteigen.

China verleiht sich dabei auch Technikwissen aus dem Ausland ein. Warum fällt es deutschen Unternehmen so schwer, sich dagegen zu behaupten?

Koppel: Weil Patente handelbare Güter sind. Mittlerweile kopiert China nicht mehr, sondern kauft technologisches Wissen aus anderen Ländern, zum Beispiel indem es Unternehmen samt deren Patenten oder gezielt einzelne Patente erwirbt. Unerwünscht ist der damit einhergehende Wissensabfluss aus industriepolitischer Sicht allemal, von einem ungewollten Technologietransfer kann allerdings nicht mehr die Rede sein. Der Kauf der Unternehmen und Patente ist schließlich legal.

Viele Regierungen und Staatengemeinschaften entwickeln gerade Regeln und Gesetze, um ihre



Jürgen Matthes (links), Oliver Koppel (rechts), Fotos: IW Medien

Wirtschaftssysteme vor Attacken geopolitischer Gegner wie China oder Russland zu schützen. Wie sinnvoll ist das?

Matthes: Es ist in unserem eigenen Interesse, abgewogene, aber hinreichend strikte Regeln gegenüber potenziellen geopolitischen Widersachern wie China zu entwickeln. Das gilt zum Beispiel im Bereich kritischer Infrastruktur wie etwa der Stromversorgung oder unserem Mobilfunknetz.

Inzwischen gilt leider nicht mehr, dass gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten eine Art Versicherung gegen Krieg sind. Wir haben bei Russland gesehen, dass das Land trotz großer Exportabhängigkeit von der Europäischen Union in die Ukraine einmarschiert ist. Bei China wissen wir nicht, wie ernst die Drohung gegenüber Taiwan ist. Wenn dieser Konflikt eskalieren sollte, kommt es sehr wahrscheinlich zu einem gegenseitigen Sanktions-szenario zwischen dem Westen und China. Dann fallen uns all die kriti-

schen Abhängigkeiten von China auf die Füße.

Zudem werden wir bereuen, dass wir China technologisch und damit auch militärisch auf die Sprünge geholfen haben. Daher braucht es auch schärfere Exportkontrollen bei sensiblen Technologien. Außerdem ist es wichtig, naiven Forschungs-k Kooperationen mit China einen Riegel vorzuschieben.

Eine Strategie, die die Abhängigkeiten Deutschlands und der EU gegenüber mächtigen Handelspartnern wie China reduzieren soll, ist das De-Risking. Ist diese Botschaft bei den Unternehmen angekommen? Die Handelsstatistiken sprechen eher eine andere Sprache ...

Matthes: Ich glaube schon, dass die Botschaft im Großen und Ganzen bei den Unternehmen angekommen ist. Was genau sie daraus machen, ist aber die Frage. Es gibt einige Umfragen, die zeigen, dass Unternehmen tatsächlich begonnen haben, ihre Lieferketten zu diversifizieren oder

dass sie mehr Lagerhaltung betreiben. Solche Maßnahmen können für sie aber mit hohen Kosten verbunden sein. Das ist eine Art Versicherungsprämie gegen einseitige Abhängigkeiten und gegen mögliche Lieferengpässe, die die eigene Produktion lähmen könnten. Die Frage ist, wie viel die Unternehmen für eine solche Absicherung zahlen wollen. Das hat auch etwas mit ihrer Risikobereitschaft und mit ihrer Kurzfristorientierung zu tun. Börsennotierte Firmen mögen hier weniger vorsichtig sein als Familienbetriebe.

Wer zahlt denn diese Versicherungsprämie letztendlich?

Matthes: Das kommt darauf an, ob die Unternehmen ihre Preise erhöhen können oder nicht. Entweder zahlen sie die Mehrkosten selbst oder die Verbraucher. Das hängt am Ende auch von der Zahlungsbereitschaft für das jeweilige Gut ab.



Selbst ist die EU

Energiewende. Die EU will im Jahr 2030 in der Lage sein, einen großen Teil ihrer benötigten klimafreundlichen Technologien selbst herzustellen. Dafür hat sie Zielmarken für einzelne Schlüsseltechnologien festgelegt und ein Förderprogramm gestartet. Für deutsche Unternehmen ergeben sich dadurch Chancen – wenn der Rahmen stimmt.

Unabhängiger von anderen Ländern und Regionen – das möchte die Europäische Union auch beim Erreichen ihrer Klimaziele sein. Mit dem Net-Zero Industry Act (NZIA) zurrut sie nun die Rahmenbedingungen dafür fest. Insgesamt acht Schlüsseltechnologien sollen verstärkt in der Staatengemeinschaft produziert werden. So soll zum Beispiel alles, was für die Elektrolyse benötigt wird, bis 2030 zu 100 Prozent „made in EU“ sein. Für Wärmepumpen liegt die Zielmarke bei 60 Prozent, für Photovoltaikanlagen bei 45 Prozent.

Ausgehend vom erwarteten Bedarf im Jahr 2030 ist die innereuropäische Fertigung teils aber noch weit von den Zielen entfernt (Grafik):

Im Jahr 2022 wurden nur etwa 12 Prozent der Menge der Batteriezellen, die 2030 voraussichtlich in der EU gebraucht werden, auch hier hergestellt. Angestrebt wird ein Anteil von 90 Prozent.

Besser sieht es bei den Wärmepumpen aus. Hier soll der EU-Anteil 2030 bei 60 Prozent liegen, aktuell werden bereits 27 Prozent des in Zukunft erwarteten Bedarfs in den Mitgliedsstaaten produziert.

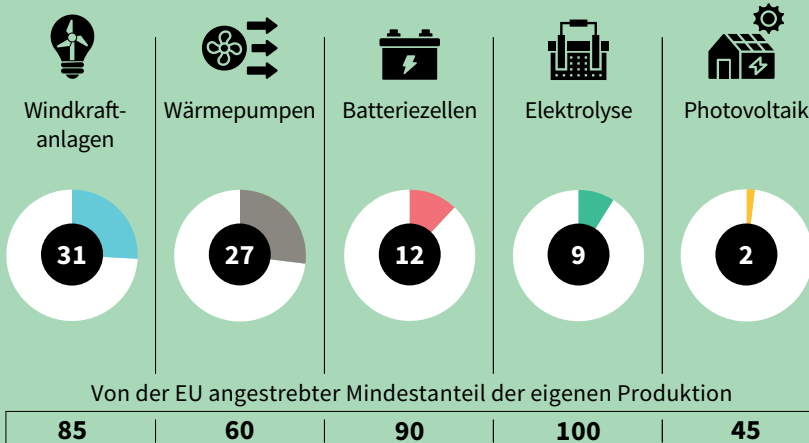
Damit es nicht bei Zielvorgaben bleibt, unterstützt die EU die Mitgliedsländer und die dortigen Firmen auf dem Weg zu mehr klimafreundlicher Produktion. Im Rahmen des NZIA will die EU die bürokratischen und administrativen Hürden verringern, Genehmigungsverfahren beschleunigen und den EU-Staaten mehr Spielraum geben, um Branchen zu fördern, die klimafreundliche Technologien produzieren.

Aus deutscher Sicht sind die Chancen für hiesige Unternehmen, von den EU-Zielen zu profitieren, grundsätzlich gut. Die größten Pluspunkte hierzulande sind die hohe wirtschaftliche Spezialisierung und die Exportausrichtung. So war Deutschland zum Beispiel im Bereich der technischen Maschinen und Anlagen, zu dem auch Elektrolyseure zählen, lange Weltmarktführer und hat heute noch einen hohen Marktanteil von 9 Prozent.

Allerdings trüben diverse Probleme des Standorts Deutschland die Perspektiven. Das fängt bei der bröckelnden Infrastruktur an und geht über die hohen Energiepreise bis hin zu ausufernder Bürokratie.

Grüne Technologien: Noch viel zu tun

So viel Prozent des für 2030 erwarteten EU-Bedarfs dieser grünen Technologien konnten im Jahr 2022 durch europäische Fertigungskapazitäten abgedeckt werden



Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 77/2023

Andreas Fischer, Malte Küper: Net-Zero Industry Act: Europas Aufholbedarf bei grünen Technologien
iwkoeln.de/nzia

Chance vertan

Wirtschaftspolitik. Die Bundesregierung will mit dem Wachstumschancengesetz private Investitionen ankurbeln. Ein näherer Blick auf die geplanten Reformen zeigt jedoch: Trotz vollmundiger Ankündigungen dürfte der Effekt gering ausfallen.

Investitionsprämie, steuerliche Vorteile, mehr Abschreibungsmöglichkeiten – das Wachstumschancengesetz der Bundesregierung soll mit einem ganzen Paket an Maßnahmen einen Impuls für mehr private Investitionen im Land geben. Das lässt sich die Regierung etwas kosten:

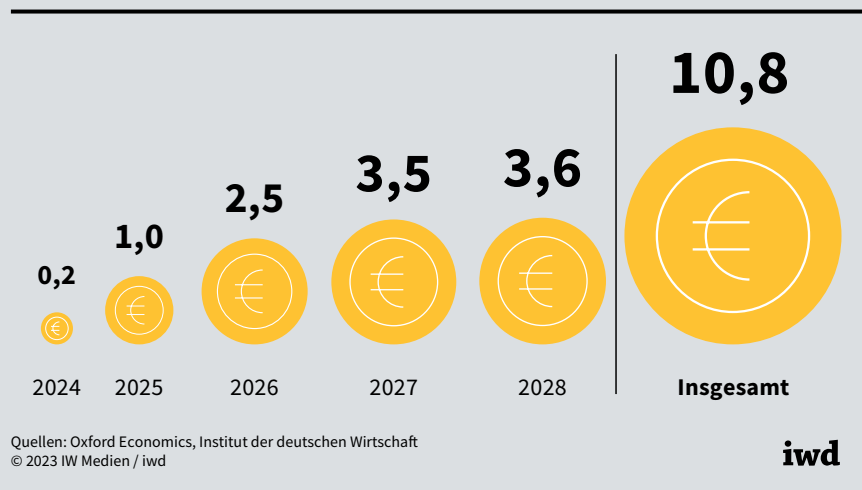
Von 2024 bis 2028 nimmt der Staat durch das Gesetz voraussichtlich rund 32 Milliarden Euro weniger an Steuern ein.

Den größten monetären Posten bilden die neuen Abschreibungsregeln für bewegliche Wirtschaftsgüter wie etwa Produktionsanlagen. Bis Ende des Jahres 2024 weicht die Regierung vom linearen Modell ab und führt ein degressives ein. Für ein Unternehmen bedeutet das unterm Strich bei einer Investition von 1 Million Euro einen Vorteil von 30.000 Euro.

Eine weitere wichtige und längst überfällige Reform betrifft die Thesaurierung für Personenunternehmen – das kann zum Beispiel eine GbR oder KG sein – sowie für Selbstständige. Von Thesaurierung spricht man, wenn erzielte Gewinne nicht ausgeschüttet werden, sondern im Unternehmen bleiben. Der Steuersatz auf diese Gewinne soll sinken, was den Unternehmen mehr finanziellen Spielraum für Investitionen verschaffen würde.

Wachstumschancengesetz: Überschaubarer Mehrwert

Um so viele Milliarden Euro könnten die realen Investitionen in Deutschland durch das Wachstumschancengesetz steigen



Eine entscheidende Frage ist: Was bringt das Gesetz aus makroökonomischer Sicht? Das Institut der deutschen Wirtschaft hat mithilfe des Oxford-Economics-Modells die Auswirkung der Reformen simuliert. Das Ergebnis (Grafik):

In den Jahren 2024 bis 2028 werden die Investitionen in Deutschland voraussichtlich um rund 11 Milliarden Euro höher ausfallen, als es ohne das Wachstumschancengesetz zu erwarten wäre – ein Niveauunterschied von 0,6 Prozent im Jahr 2028.

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2028 rund 2 Milliarden

Euro oder umgerechnet 0,05 Prozent höher liegen als im Basisszenario.

Das geplante Gesetz reicht folglich bei Weitem nicht aus, um jene Investitionen zu mobilisieren, die es etwa zur Dekarbonisierung und Digitalisierung der Wirtschaft braucht. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands würde durch das Gesetz allenfalls minimal verbessert.

IW-Kurzbericht

Martin Beznoska, Tobias Hentze, Thomas Obst: Wachstumschancengesetz – Eine vertane Chance auf mehr Wachstum
iwkoeln.de/wachstumschancengesetz

Nachhaltigkeit im Fokus

Subventionen. Die Bundesregierung will 2024 rund 67 Milliarden Euro für Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ausgeben. Ein Schwerpunkt der Subventionspolitik liegt auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

Jedes Jahr erhalten Unternehmen und Privathaushalte Geld aus dem Subventionstopf der Bundesregierung. Dies geschieht auf zwei Wegen: zum einen durch Steuervergünstigungen – steuerliche Sonderregelungen, die einzelne Sektoren oder Teilbereiche der Wirtschaft begünstigen.

Zum anderen zahlt der Bund Finanzhilfen, also direkte monetäre Leistungen – zum Beispiel den

Umweltbonus, den Käufer von Elektroautos erhalten. Die Mehrausgaben bei den Finanzhilfen sind maßgeblich für den seit Jahren zu beobachtenden Anstieg der staatlichen Subventionen (Grafik):

Die für 2023 veranschlagten Finanzhilfen sind mit gut 45 Milliarden Euro fast viermal so hoch wie jene aus dem Jahr 2020.

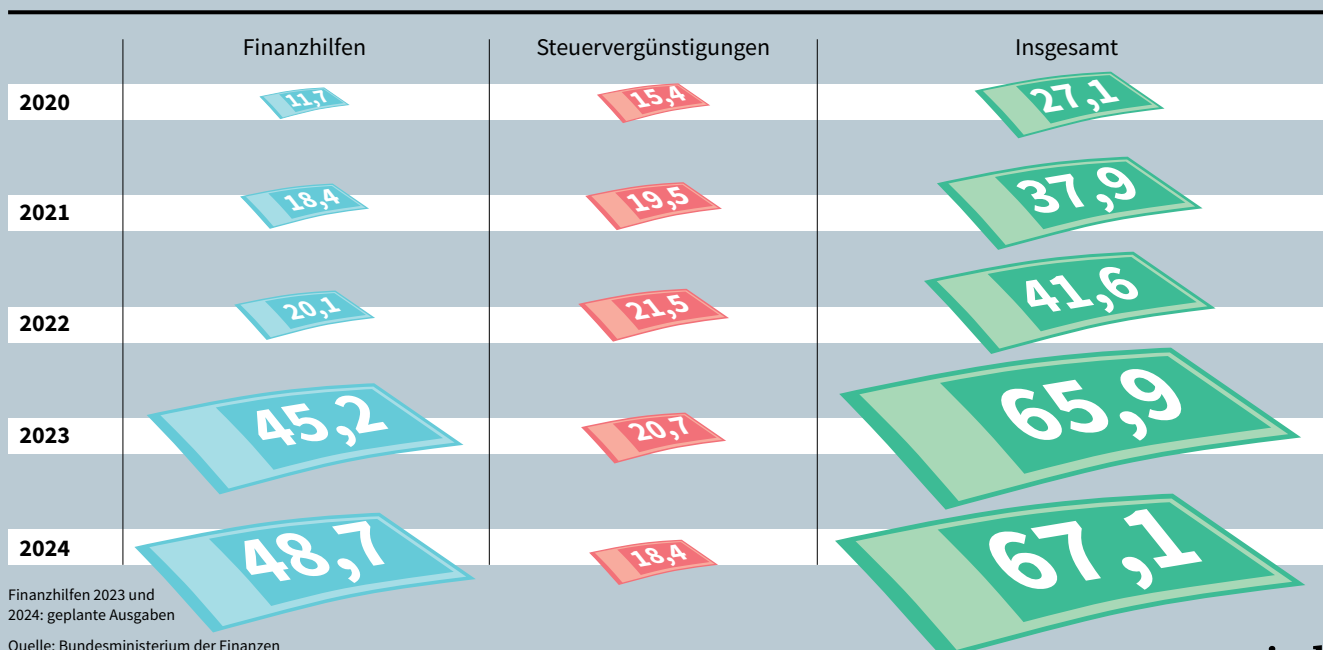
Im kommenden Jahr sollen die Finanzhilfen zusätzlich um 3,5 Mil-

liarden Euro steigen – dann würden sie rund ein Zehntel der gesamten Ausgaben des Bundes ausmachen. Zum Vergleich: Zwischen 2010 und 2020 lag ihr Anteil stets bei rund 2 bis 3 Prozent.

Das Subventionsvolumen dürfte allerdings sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr unterm Strich niedriger sein als veranschlagt. Das liegt daran, dass der Bund selten alle Gelder wie geplant ausschüttet. Im

Immer mehr Geld für Subventionen

Subventionsvolumen des Bundes in Milliarden Euro



Jahr 2021 gab die Regierung zum Beispiel 5,9 Milliarden Euro weniger an Subventionen aus als geplant, 2022 waren es 7,6 Milliarden Euro weniger.

Das ändert aber nichts daran, dass die Subventionen deutlich steigen. Wesentlicher Grund dafür sind die verstärkten Klimaschutzmaßnahmen. 83 der 138 Finanzhilfen hatten in diesem Jahr einen Bezug zu den in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verankerten Umwelt- und Klimaschutzzielen und machten mit geplanten Ausgaben von insgesamt 39 Milliarden Euro rund 86 Prozent des gesamten Finanzhilfenvolumens aus. In diesen Bereich fällt auch der mit großem Abstand am stärksten bezuschusste Posten im kommenden Jahr (Grafik):

Im Jahr 2024 sollen 18,8 Milliarden Euro in die Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude (BEG) fließen.











Noch 2021 förderte der Bund die BEG nur mit 3,9 Milliarden Euro – rund die Hälfte der gut 29 Milliarden Euro an Mehrausgaben für Finanzhilfen seitdem entfällt also darauf.

Der Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz zeigt sich in der Subventionspolitik der Bundesregierung in allen Wirtschaftszweigen: In den Top Ten der Finanzhilfen stehen fünf weitere klimapolitische Maßnahmen – unter anderem bereitgestellte Mittel zur Dekarbonisierung der Industrie, Zuschüsse zum Schutz und zur Pflege bestehender Ökosysteme sowie das IPCEI Wasserstoff, ein länderübergreifendes Förderprojekt zur Entwicklung von Wasserstofftechnologien.

Im Gegensatz zu den Finanzhilfen sollen die Steuervergünstigungen des Bundes 2024 gegenüber dem laufenden Jahr zwar um rund 11 Prozent auf 18,4 Milliarden Euro sinken, das Volumen wäre dann aber immer noch 3 Milliarden Euro größer als im

Finanzhilfen: Wo das Geld hinfließt

Die zehn größten Finanzhilfen des Bundes für das Jahr 2024 in Millionen Euro

	1	Bundesförderung für effiziente Gebäude	18.772
	2	Förderung der Mikroelektronik	3.968
	3	Strompreiskompensation	2.630
	4	IPCEI Wasserstoff	2.462
	5	Zuschüsse zur Errichtung von Tank- und Ladeinfrastruktur	2.210
	6	Sozialer Wohnungsbau	1.583
	7	Unterstützung des Ausbaus von Gigabitnetzen	1.280
	8	Maßnahmen zum natürlichen Klimaschutz	963
	9	Investitionen zur Dekarbonisierung der Industrie / Klimaschutzverträge	925
	10	Förderung der Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft	854

Geplante Ausgaben; Mikroelektronik: z. B. Herstellung von Mikroprozessoren oder Chips; Strompreiskompensation: Zuschüsse an energieintensive Unternehmen zum Ausgleich der auf den Strompreis abgewälzten Kosten aus dem europäischen Emissionshandel; IPCEI: „Important Projects of Common European Interest“, länderübergreifende Förderprojekte der EU-Kommission; natürlicher Klimaschutz: Schutz und Pflege bestehender Ökosysteme wie Wälder, Meere und Moore

Quelle: Bundesministerium der Finanzen © 2023 IW Medien / iwd



Jahr 2020. Dass dieser Posten im Vergleich zu den Finanzhilfen kleiner ist, liegt in erster Linie daran, dass die Bundesländer die Steuervergünstigungen mittragen. Rechnet man die Belastung von Bund, Ländern und Kommunen zusammen, ergeben sich für das Jahr 2024 voraussichtliche Mindereinnahmen von 36,2 Milliarden Euro.

Der größte Posten hierbei sind die Steuervergünstigung im Erb- oder Schenkungsfall von ganzen Betrieben beziehungsweise Anteilen an Kapitalgesellschaften. Diese gehen gänzlich zulasten der Länderfinanzen, die Bundesländer nehmen durch die Regelung 2024 geschätzte 4,5 Milliarden Euro weniger ein. Die Vorteile für Erben sind allerdings an Bedingungen wie den Erhalt der Arbeitsplätze im Unternehmen gekoppelt.

Auf das zweitmeiste Geld verzichteten Bund und Länder durch den ermäßigten Umsatzsteuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen – für 2024 sind Einbußen von 4,3 Milliarden Euro eingeplant, die sich die beiden Träger teilen.

Auch wenn die unterschiedlichen Bundesregierungen immer wieder verkündet haben, Subventionen abbauen zu wollen, ist der Anstieg der Ausgaben nicht grundsätzlich zu verurteilen. Wichtig ist vielmehr, Subventionen zeitlich zu befristen:

Gut ein Fünftel der bestehenden Finanzhilfen ist aktuell noch unbefristet.

Der Staat muss deshalb jede Subvention regelmäßig in ihrer Höhe, ihrem Ziel und ihrer Wirkung prüfen, gegebenenfalls anpassen oder – sollte sie die erhofften Lenkungseffekte nicht erzielen – ganz streichen.

Unter Preisdruck

Energieintensive Branchen. Eine Reihe von Industriebranchen in Deutschland verliert angesichts der anhaltend hohen Energiepreise im internationalen Wettbewerb massiv an Boden. Die Folge ist ein seit Jahren schrumpfender Kapitalstock. Die Politik ist gefordert.

Nach den Vorgaben der Bundesregierung soll Deutschland bis 2045 klimaneutral sein. Das bedeutet für die hiesige Industrie eine gewaltige Herausforderung – insbesondere für die energieintensiven Branchen Chemie, Glas/Keramik, Metallerzeugung und -verarbeitung sowie Papier. Um den vollständigen Umstieg auf eine CO₂-neutrale Produktion zu schaffen, müssten die Unternehmen ihren Anlagenpark schneller denn je erneuern.

Doch schon seit Längerem haben die energieintensiven Branchen mit im internationalen Vergleich hohen Energiekosten zu kämpfen. Ange-

sichts des unter anderem durch staatliche Belastungen wie die Stromsteuer und die EEG-Umlage verursachten Wettbewerbsnachteils ließen sich viele Investitionen nicht wirtschaftlich finanzieren. Die Folge war ein deutlicher Substanzabbau (Grafik):

Von 2000 bis 2021 ist der Kapitalstock in den energieintensiven Branchen in Deutschland um fast 20 Prozent oder gut 71 Milliarden Euro geschrumpft.

In jüngster Zeit hat sich die globale Wettbewerbsposition der hiesigen energieintensiven Branchen nochmals merklich verschlechtert.

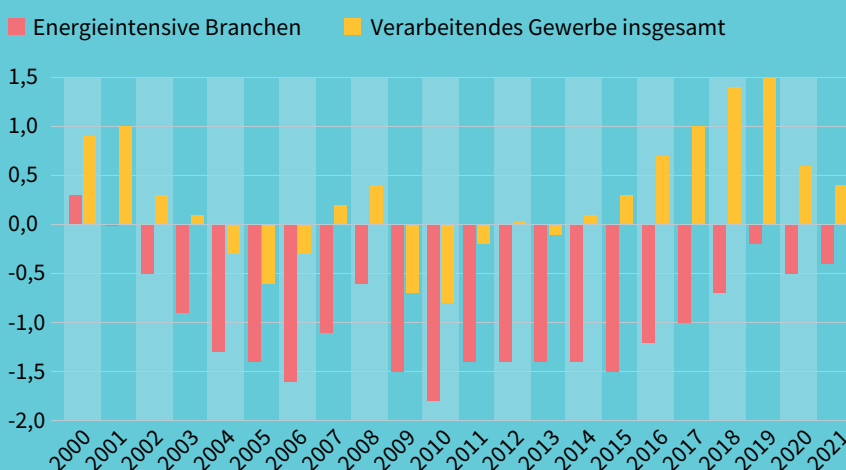
Beispielsweise kostete Erdgas – auch wenn die Preisspitzen des Jahres 2022 überwunden sind – in Europa zuletzt immer noch mehr als viermal so viel wie in den USA. Und die Konditionen des Strombezugs sind für Industriekunden zum Beispiel in Frankreich deutlich günstiger als hierzulande.

Diese schwierigen Bedingungen haben dazu geführt, dass die energieintensiven Branchen ihre Produktion massiv reduziert oder dauerhaft eingestellt haben (siehe iwd 6/2023). Laut aktueller Konjunkturumfrage des IW ist die Stimmung vor allem in den Grundstoffbranchen der Industrie anhaltend schlecht (siehe iwd 16/2023). Ein weiterer Rückgang des Bruttoanlagevermögens ist damit mehr als wahrscheinlich.

Sollen die energieintensiven Branchen in Deutschland eine Zukunft haben, muss die Politik das Versprechen glaubwürdig einlösen, dass die Transformation zu wettbewerbsfähigen Preisen für klimafreundliche Energie gelingen werde. Es kommt aber auch auf die Gestaltung des Übergangs an. Ohne einen Brückenstrompreis drohen jene Unternehmen verloren zu gehen, die der Staat eigentlich in eine klimaneutrale Zukunft begleiten will.

Energieintensive Branchen: Kapitalstock schrumpft

Reale Veränderung des Bruttoanlagevermögens in Deutschland gegenüber Vorjahr in Prozent



Energieintensive Branchen: Chemie, Glas/Keramik, Metallerzeugung und -verarbeitung, Papier

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 76/2023

Hubertus Bardt, Dennis Bakalis: Anhaltende Schwächung energieintensiver Branchen
[iwkoeln.de/energieintensive-branchen](https://www.iwkoeln.de/energieintensive-branchen)

Doppelt gescheitert

Digitalisierung. In Deutschland sind viele Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung immer noch nicht online verfügbar. Dadurch wird die Bundesrepublik auch die bald in Kraft tretenden EU-Vorgaben zum einheitlichen digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen verfehlen.

In einer perfekt digitalisierten Welt könnten EU-Bürger ab 12. Dezember online eine Adressänderung melden, einen Antrag zum Studium sowie die Einkommensteuererklärung einreichen oder ein Kfz zulassen. Denn dann tritt die Single-Digital-Gateway-Verordnung, kurz SDG-VO, in Kraft, der zufolge 24 Leistungen grenzüberschreitend in allen EU-Mitgliedsstaaten online zugänglich sein sollen.

Doch Deutschland wird es bis dahin nicht schaffen, alle von der EU aufgeführten E-Government-Leistungen fristgerecht umzusetzen. Das gilt auch für die weiteren 74 Leistungen, für die zumindest digital leicht zugängliche Informationen darüber vorhanden sein müssen, wie man im jeweiligen EU-Land an die betreffende Serviceleistung gelangt. Dabei geht es zum Beispiel um Informationen zur Arbeitssuche und -aufnahme oder zur Gründung eines Unternehmens.

Dass Deutschland beim E-Government hinterherhinkt, ist keine neue Erkenntnis. So hat bislang kein einziges Bundesland jene 575 öffentlichen Dienstleistungen digitalisiert, die laut Onlinezugangsgesetz (OZG) bereits Ende 2022 hätten angeboten werden müssen. Aktuell sind nur 145 dieser Dienste bundesweit online verfügbar.

Dabei unterscheidet sich der Digitalisierungsgrad der öffentlichen Verwaltung je nach Bundesland (Grafik):

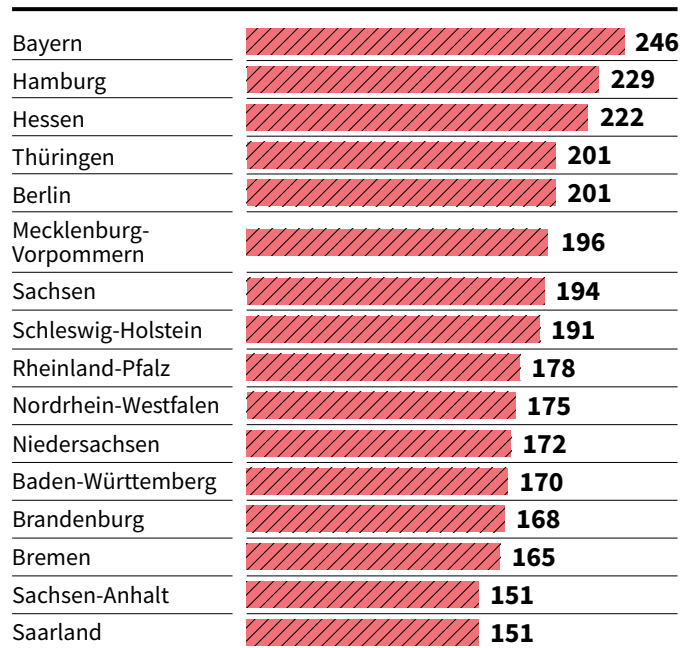
Bayern liegt mit flächendeckend 246 Online-Leistungen vorn, hinzu kommen weitere 102 digitale Dienste, die in mindestens einer bayerischen Gemeinde verfügbar sind.

Nordrhein-Westfalen wiederum hat mit 263 die meisten digitalen Online-Angebote in Einzelgemeinden. Zusammen mit den 175 landesweiten Angebote kommt NRW auf 438 Online-Dienste – so viele digitale Verwaltungsangebote hat kein anderes Bundesland. Das Saarland und Sachsen-Anhalt dagegen haben bislang nur 151 OZG-Leistungen flächendeckend installiert.

Die eher zentral regierten skandinavischen Länder sind in puncto E-Government meist deutlich weiter fortgeschritten als Deutschland, wo keine standardisierten Digitallösungen für die kommunale Ebene entwickelt wurden. Ein Blick nach Österreich zeigt jedoch, dass auch

E-Government in Deutschland: Großer Rückstand

So viele der 575 Leistungen des Onlinezugangsgesetzes, die der Staat für Bürger und Unternehmen bis Ende 2022 hätte online anbieten sollen, hatten die Bundesländer bis Anfang November 2023 flächendeckend umgesetzt



Quelle: Bundesministerium des Innern und für Heimat © 2023 IW Medien / iwd

iwd

föderale Staaten ihre Verwaltung besser digitalisieren können. Dort gibt es mit dem Bundesrechenzentrum in Wien eine 1.300 Mitarbeiter starke zentrale Digitalagentur, die Lösungen für die Länder- und Kommunalebene erarbeitet. Das Rückgrat der österreichischen E-Government-Angebote bilden zwei Online-Portale: das Unternehmensserviceportal und das Bürgerportal, deren Inhalte bereits überwiegend in den EU-Rahmen des Single Digital Gateway eingebunden sind.

Studie

Klaus-Heiner Röhl: Behörden-Digimeter – November 2023, Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft iwkoeln.de/digimeter

Zu wenig Plätze für die Kleinsten

Kinderbetreuung. Obwohl seit 2013 Eltern auch für Kinder unter drei Jahren einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz haben, reicht das Angebot in Deutschland längst nicht aus. Zwischen den Bundesländern gibt es dabei teils gravierende Unterschiede.

Viele Mütter und Väter wären heutzutage ohne Kitas oder Tageseltern nicht in der Lage, arbeiten zu gehen. Seit 2013 haben sie in Deutschland auch für ihre Kinder ab dem ersten Geburtstag einen rechtlichen Anspruch auf Betreuung – zuvor galt das nur für Kinder im Kindergartenalter. Von diesem Recht machen die Eltern von kleineren Kindern regen Gebrauch. So wurden im März 2023 deutschlandweit etwa zwei von drei Zweijährigen in einer Kindertagesstätte oder bei Tageseltern betreut. Je nach Bundesland ist die Quote allerdings unterschiedlich hoch. Der Spitzenreiter findet sich im Nordosten (Grafik):

In Mecklenburg-Vorpommern wurden im März 2023 rund 90 Prozent der Zweijährigen in einer Kita oder bei Tageseltern betreut.

Während Thüringen mit einer Betreuungsquote von gut 89 Prozent nahezu gleichauf liegt, wurden in Bremen lediglich rund 58 Prozent der zweijährigen Kinder regelmäßig von ihren Eltern in eine Kita oder zu Tageseltern gebracht.

Diese Quoten sagen allerdings noch nichts über den tatsächlichen Betreuungsbedarf aus. Das Angebot an Betreuungsplätzen ist über ganz Deutschland hinweg in den vergangenen zehn Jahren stark ausgebaut worden, doch gleichzeitig hat auch der Bedarf immer weiter zugenommen – unter anderem, weil die Erwerbsbeteiligung von Frauen gestiegen ist. In Zahlen ausgedrückt:

Im März 2023 benötigten Eltern in Deutschland für rund 1,16 Millionen unter Dreijährige einen Betreuungsplatz, aber nur für 857.000 Kinder waren Plätze vorhanden. Unterm Strich bedeutet das eine Betreuungslücke von fast 300.000 Plätzen.

Ob und in welchem Alter die Eltern eine Betreuung nachfragen, ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Neben den Kosten spielt es auch eine Rolle, ob die Öffnungszeiten zum Tagesablauf der Mütter und Väter passen. Auch die Gruppengröße oder die pädagogischen Kompetenzen der Erzieher werden bei der Entscheidung miteinbezogen – etwa inwieweit die Erzieherinnen und Erzieher die Kinder durch Vorlesen oder Lernspiele fördern.

Diese und andere Gründe dürften dazu beitragen, dass sich in Bayern lediglich gut 42 Prozent und in Baden-Württemberg knapp 45 Prozent der Eltern eine Betreuung für ihre Kinder unter drei Jahren wünschen – in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt dagegen rund 64 Prozent.

Zugleich ist aber auch der Kita-Ausbau in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich weit fortgeschritten. Im Ergebnis zeigt sich bei der Betreuungslücke ein West-Ost-Gefälle: Während in den westdeutschen Bundesländern im März 2023 durchschnittlich 14 Prozent der unter Dreijährigen trotz Bedarf der Eltern nicht betreut werden konnten, war die Lücke in Ostdeutschland mit weniger als 7 Prozent nicht einmal halb so groß.

Betreuung von Kleinkindern: Es kommt auf das Bundesland an

So viel Prozent der Zweijährigen wurden im März 2023 in Kitas oder bei Tageseltern im jeweiligen Bundesland betreut

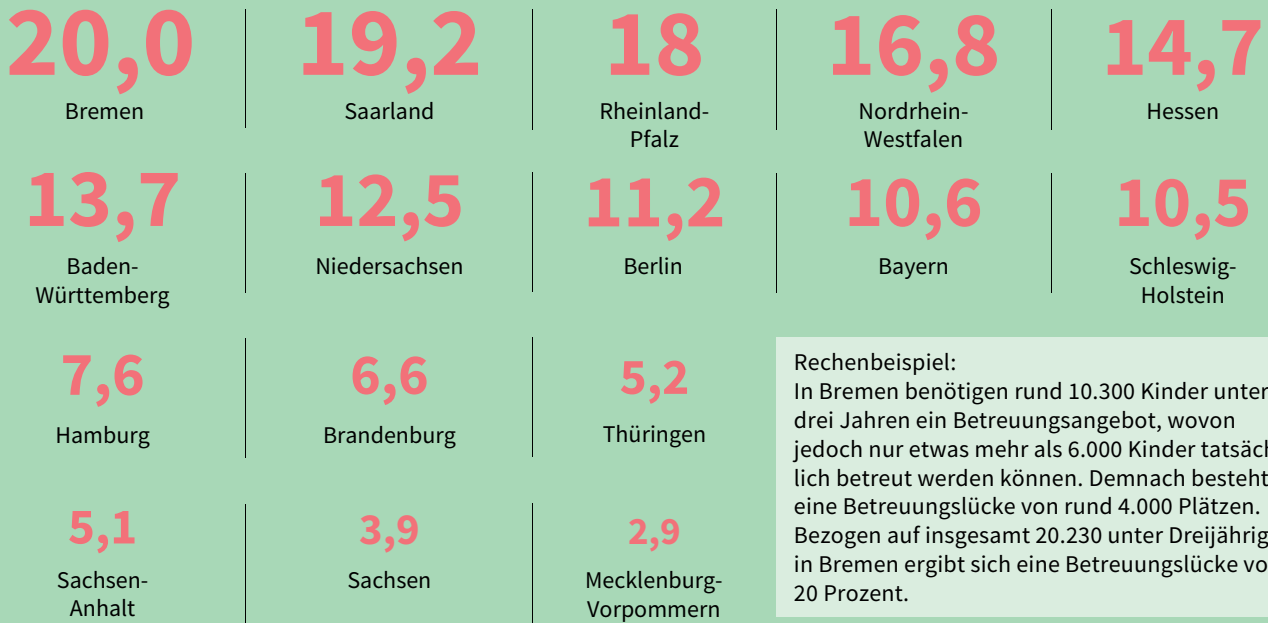
Mecklenburg-Vorpommern	90,0
Thüringen	89,1
Brandenburg	88,8
Sachsen-Anhalt	87,3
Sachsen	86,4
Hamburg	84,6
Berlin	80,5
Rheinland-Pfalz	70,9
Schleswig-Holstein	68,2
Niedersachsen	62,7
Nordrhein-Westfalen	62,4
Hessen	59,6
Bayern	59,6
Saarland	58,8
Baden-Württemberg	58,5
Bremen	57,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Betreuungslücke: In Bremen gehen die meisten Eltern leer aus

So groß war im März 2023 der Anteil der unter Dreijährigen, die trotz Bedarf der Eltern nicht betreut wurden, an allen Kindern dieser Altersgruppe in Prozent



Rechenbeispiel:
In Bremen benötigen rund 10.300 Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot, wovon jedoch nur etwas mehr als 6.000 Kinder tatsächlich betreut werden können. Demnach besteht eine Betreuungslücke von rund 4.000 Plätzen. Bezogen auf insgesamt 20.230 unter Dreijährige in Bremen ergibt sich eine Betreuungslücke von 20 Prozent.

Quellen: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Am besten war die Situation wiederum ganz im Nordosten (Grafik):

In Mecklenburg-Vorpommern gingen lediglich knapp 3 Prozent der unter Dreijährigen trotz Betreuungsbedarf leer aus.

Insgesamt gab es in diesem Bundesland zuletzt gerade einmal rund 1.100 Betreuungsplätze zu wenig.

Während in absoluten Zahlen die meisten Plätze in Nordrhein-Westfalen fehlten, konnten in Bremen anteilig die wenigsten Wünsche der Eltern erfüllt werden: Dort war im März dieses Jahres für rund 20 Prozent der unter Dreijährigen trotz Bedarf kein Betreuungsangebot vorhanden.

Dass die Betreuungslücken zeitnah geschlossen werden, ist unwahrscheinlich – nicht zuletzt, weil es landauf, landab einen Mangel an pädagogischen Fachkräften gibt.

Für eine Entlastung könnte zumindest auf längere Sicht die demografische Entwicklung sorgen: Während die Zahl der Neugeborenen in Deutschland im Jahr 2021 mit gut 795.000 den höchsten Wert seit der Jahrtausendwende erreichte, zeigt der Trend seither abwärts. So kamen laut Statistischem Bundesamt hierzulande im ersten Halbjahr 2023 lediglich noch 336.000 Kinder zur Welt – 21.000 weniger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Allerdings sind die regionalen Unterschiede erheblich – vor allem Großstädte und Ballungszentren können aufgrund vieler Zuzüge vorerst nicht mit sinkenden Kinderzahlen planen.

IW-Kurzbericht 74/2023

Wido Geis-Thöne: Fast 300.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige fehlen

iwkoeln.de/betreuungsplaetze

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche**Prozent**

der 25- bis 64-Jährigen in Deutschland haben 2022 an einer Bildungs- oder Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen. Das ist deutlich weniger als im EU-Durchschnitt: Über alle Mitgliedsstaaten hinweg beläuft sich die Weiterbildungsquote auf 12 Prozent. Besonders wissbegierig sind die Skandinavier – in Schweden nahmen im vergangenen Jahr 36 Prozent der entsprechenden Altersgruppe an einer Bildungs- oder Weiterbildungsmaßnahme teil, in Dänemark waren es 28 Prozent und in Finnland 25 Prozent. In vielen südosteuropäischen Staaten ist die Weiterbildungsrate dagegen sehr niedrig. In Bulgarien lag sie 2022 bei 2 Prozent, in Griechenland und Kroatien bei jeweils 4 Prozent. In Deutschland eignen sich vor allem jüngere Menschen neues Wissen an: Von den 25- bis 34-Jährigen bildeten sich 2022 immerhin 18 Prozent weiter, von den 35- bis 44-Jährigen lediglich 7 Prozent. Bei den Älteren ist das Engagement noch geringer: In der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen betrug die Teilnahmequote zuletzt nur 5 Prozent, von den 55- bis 64-Jährigen bildeten sich sogar gerade einmal 3 Prozent weiter.

Top-Liste: Recyclingquoten

Ob im Supermarkt, bei Online-Bestellungen oder dem Coffee to go – Plastik ist nahezu überall zu finden. Die Verpackungsabfälle in der EU bestehen zu etwa einem Fünftel daraus. Im Jahr 2021 beliefen sich die Kunststoffverpackungsabfälle je EU-Bürger auf knapp 36 Kilogramm. Davon konnten durchschnittlich etwa 40 Prozent wiederverwertet werden. Die Slowakei liegt in puncto Recycling vorne. Auch Litauen, Bulgarien und Slowenien konnten im Jahr 2021 jeweils über die Hälfte der Kunststoffverpackungen recyceln – dicht gefolgt von Deutschland mit gut 48 Prozent. In Schweden, Frankreich, Dänemark und Malta war es dagegen weniger als ein Viertel. Von 2011 bis 2021 ist die Recyclingquote in der EU um 38 Prozent gestiegen, der Plastikverbrauch „nur“ um 27 Prozent. Dennoch stieg die Menge des nicht wiederverwerteten Kunststoffs um 3,7 Kilogramm pro Kopf.

